



HESSISCHER LANDTAG

09. 09. 2015

Kleine Anfrage

des Abg. Dr. h.c. Hahn (FDP) vom 29.07.2015

betreffend Wasserstoff-Demonstrationsprojekt

und

Antwort

des Ministers für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung

Vorbemerkung des Fragestellers:

Mitte Februar diesen Jahres hat der hessische Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung in Hanau-Wolfgang gemeinsam mit dem Oberbürgermeister der Stadt Hanau und dem Vorstandsvorsitzenden der Mainova AG sich bei dem Hanauer Joint Venture Unternehmen SolviCore über das dortige Wasserstoff-Demonstrationsprojekt informiert.

Diese Vorbemerkung des Fragestellers vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Wie beurteilt die Landesregierung die Aussage der vor Ort aktiven Unternehmen wie Umicore, SolviCore und Evonik, dass die Verbindung von Wasserstoff und Brennstoffzellen die Zukunft sei?

Wasserstoff und seine Folgeprodukte können zur Speicherung von Energie, als Energieträger für die Kraft-Wärmekopplung oder auch als Treibstoff für Fahrzeuge aller Art eingesetzt werden.

Somit handelt es sich bei der heutigen Wasserstofftechnologie um eine Schnittstellentechnologie mit dem Potenzial, bereits in naher Zukunft die wesentlichen Energie-Verbrauchssektoren - Strom, Wärme und Mobilität - miteinander zu verbinden. Vor diesem Hintergrund stellt die Weiterentwicklung der Wasserstoff-Brennstoffzellentechnologie einen zukunftsweisenden Baustein für die Energiewende dar.

Frage 2. Welche Maßnahmen erwartet bzw. unterstützt man, um das Ziel des Ministers zu erreichen, nicht nur Prototypen zu entwickeln, sondern diese auch zur Anwendung zu bringen?

Die Markteinführung entsprechender Produkte wird im Rahmen der Energieförderung des Landes Hessen finanziell unterstützt.

Jüngstes Beispiel ist die Förderung sogenannter Mikro-KWK-Brennstoffzellen-Geräte für die dezentrale Strom- und Wärmeerzeugung in Ein- und Zweifamilienhäusern.

Ergänzend werden die Aktivitäten des Landes im Bereich der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnik in Hessen durch die "Wasserstoff- und Brennstoffzelleninitiative Hessen e.V." (H2BZ-Initiative) gebündelt. Dabei handelt es sich um ein Netzwerk aus hessischen Akteuren und Kompetenzträgern (Unternehmen, Hochschulen und Privatpersonen), das im Auftrag des HMWEVL von der HessenAgentur, z.B. durch eine von der HessenAgentur geführte Geschäftsstelle, betreut wird.

Die Initiative betrachtet die Kombination von Wasserstoff und Brennstoffzellen als Zukunftstechnologie und bemüht sich um ihre breite Anwendung im stationären, portablen und mobilen Bereich mit dem Ziel einer breiten Marktdurchdringung. Maßnahmen der H2BZ-Initiative sind Fachveranstaltungen (Themenworkshops, jährliches "Brennstoffzellenforum Hessen"), Standort- und Technologiemarketing (Messeauftritte, Broschüren, Internetpräsenz) sowie Mitwirkung bei konkreten Projekten (z.B. Förderprojekt Mikro-KWK-Brennstoffzelle, Einführung von Brennstoffzellen-Schienenfahrzeugen beim Rhein-Main-Verkehrsverbund etc.).

Frage 3. Wäre es zur Erreichung dieses Ziels sinnvoll, ein Wasserstoff-Anwendungszentrum zu errichten, dessen Entwicklung schon von der vorherigen Landesregierung im Jahre 2012 angestoßen wurde und wo ein entsprechendes Anforderungsprofil vorhanden ist?

Für ein mögliches Wasserstoff-Anwendungszentrum wären Kosten in Höhe von mehreren Millionen Euro zu veranschlagen, die im Wesentlichen aus Landesmitteln zu bestreiten wären. Dies ist aufgrund der Finanz- und Haushaltspolitik des Landes sowie der daraus folgenden Priorisierung bei der energietechnologischen Förderstrategie des HMWEVL nicht zu vertreten.

Auf der konzeptionellen Ebene kommt hinzu, dass ein solches Anwendungszentrum, wie es im Jahr 2012 skizziert wurde, den heutigen Gegebenheiten nicht mehr entsprechen würde. Dies liegt unter anderem daran, dass sich in den vergangenen drei Jahren erhebliche technologische Fortschritte ergeben haben die ggf. eine vollständige Neubewertung der ursprünglich festgelegten inhaltlichen Schwerpunkte des Zentrums erfordern würden.

Zudem haben sich in den letzten Jahren Strukturen wie z.B. das VDE-Prüfzentrum in Offenbach entwickelt, die große Teile des ursprünglichen Anforderungsprofils für ein Wasserstoff-Anwendungszentrum umfassen.

Aus diesen Gründen wird der Aufbau eines Wasserstoff-Anwendungszentrums derzeit nicht weiterverfolgt.

Ungeachtet dessen liegt es im Interesse des Landes, auch weiterhin unternehmerisches, lokales oder regionales Engagement zum Thema Wasserstoff zu unterstützen und zu diesem Zweck auf die bereits geleisteten Vorarbeiten sowie vorhandenen Kompetenzschwerpunkte zurückzugreifen. So werden aktuell unter Federführung der HessenAgentur als Geschäftsstelle der oben erwähnten H2BZ-Initiative Möglichkeiten für weitere Projektaktivitäten zum Thema Wasserstoff ausgelotet.

Frage 4. Liegt der Landesregierung ein aktualisiertes Konzept für ein entsprechendes Wasserstoff-Anwendungszentrum im Industriepark Hanau-Wolfgang vor?

Ein gegenüber dem Stand des Jahres 2012 aktualisiertes Konzept liegt nicht vor.

Frage 5. In Hanau hat sich bereits das Fraunhofer Institut IWKS angesiedelt. Wäre es eine ideale Ergänzung, wenn in relativ unmittelbarer Nähe auch eine entsprechende Ansiedlung des Wasserstoff-Anwendungszentrums erfolgen kann?

Die Entscheidung der Landesregierung, das Projekt eines Wasserstoff-Anwendungszentrums vorläufig nicht weiterzuverfolgen, ist nicht durch die Gegebenheiten am potenziellen Standort, sondern durch finanzielle und konzeptionelle Erwägungen begründet.

Frage 6. Unterstützt man die Forderungen der dena, einem Zusammenschluss von Projektpartnern im Bereich Strom-zu-Gas-Projekten, dass weitere Referenzmodelle im öffentlichen Personenverkehr geschaffen werden sollen, damit auch die Akzeptanz erhöht werden kann?

Aus Sicht der Hessischen Landesregierung sind Konsortien - z.B. im Bereich von Strom-zu-Gas-Projekten - grundsätzlich begrüßenswert, da auf diese Weise die Kosten- und Umsetzungseffizienz solcher Vorhaben deutlich erhöht werden kann.

Ein Beispiel für einen solchen Zusammenschluss von Projektpartnern in den Bereichen der Energietechnologie und des Öffentlichen Personenverkehrs in Hessen ist das Vorhaben der Firma ALSTOM, Marktführer bei Diesel-Triebzügen, gemeinsam mit der Hessischen Landesbahn, dem Rhein-Main-Verkehrsverbund und InfraServ Höchst teilweise auf nicht-elektrifizierten Bahnstrecken in Hessen (Taunusnetz) Züge mit Elektroantrieb in Kombination mit einer Wasserstoff-Brennstoffzelle einzusetzen.

Frage 7. Die Landesregierung der 18. Legislaturperiode hat umfangreiches Informationsmaterial zu den Themen Wasserstoff und Brennstoffzellen, insbesondere durch die damalige Umwelt- und Energieministerin Lucia Puttrich vorgelegt, sind die dort gemachten Aussagen auch von der jetzigen Landesregierung übernommen?

Das im Rahmen der 18. Legislaturperiode erstellte Informationsmaterial (z.B. die Broschüren zu Wasserstoff aus Windenergie, Wasserstoff-Tankstellen, Flurförderfahrzeugen mit Brennstoffzellen) wird auch von der jetzigen Landesregierung weiter verwendet.

Darüber hinaus sind weitere Informationsmaterialien (z.B. zu den Themen Brennstoffzellen-Busse, Brennstoffzellen-Heizgeräte sowie Materialien für Brennstoffzellen) aktuell in Vorbereitung.

Wiesbaden, 1. September 2015

In Vertretung:
Mathias Samson